

Antrag

der Abgeordneten Hans-Günther Toetemeyer, Brigitte Adler, Rudolf Bindig, Dr. Eberhard Brecht, Freimut Duve, Dr. Horst Ehmke (Bonn), Katrin Fuchs (Verl), Dr. Peter Glotz, Dr. Ingomar Hauchler, Dr. Uwe Holtz, Hans Koschnick, Christoph Matschie, Markus Meckel, Volker Neumann (Bramsche), Dieter Schanz, Dr. Hermann Scheer, Günter Schluckebier, Dr. R. Werner Schuster, Dr. Hartmut Soell, Margitta Terborg, Günter Verheugen, Karsten D. Voigt (Frankfurt), Hans Wallow, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Verena Wohlleben, Dr. Christoph Zöpel, Dr. Peter Struck, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

Unterstützung des Friedensprozesses in Angola

Am 31. Mai 1991 wurde im portugiesischen Bicesse das angolansische Friedensabkommen geschlossen. Die ehemals verfeindeten Kriegsgegner, die angolansische Regierung unter Präsident Jose Eduardo dos Santos und die von Jonas Savimbi geführten UNITA-Rebellen, zogen damit einen Schlußstrich unter einen mörderischen Bürgerkrieg, der das Land bis an den Rand des wirtschaftlichen und sozialen Ruins geführt hat. Die erfolgreiche Umsetzung dieses Abkommens ist eine erste Bewährungsprobe für beide Seiten, an der die Glaubwürdigkeit eines friedlichen und demokratischen Wandels in Angola gemessen werden kann.

Nach sechzehn Kriegsjahren sieht sich Angola heute in einer Situation, die von sozialem und ökonomischem Chaos, wachsender Auslandsverschuldung und ansteigenden Zahlungsproblemen gekennzeichnet ist. Die Reaktivierung der ökonomischen Ressourcen wird viel Kapital und Expertise erfordern. Ohne westliche Hilfe wird diese Aufgabe für Angola nicht zu lösen sein.

Angesichts dieser Ausgangslage, aber auch der Chancen, die sich für eine demokratische Neugestaltung Angolas bieten, sind umfangreiche Maßnahmen seitens der Bundesregierung zur Unterstützung des Friedensprozesses in Angola notwendig.

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. den Friedensprozeß in Angola durch die Aufnahme einer umfassenden entwicklungspolitischen, wirtschaftlichen und kulturpolitischen Zusammenarbeit zu unterstützen. Dabei ist insbesondere der Beseitigung der Minen in den früheren

Kampfgebieten sowie der Unterstützung des Reintegrationsprogramms für 150 000 ehemalige Soldaten besondere Priorität einzuräumen;

2. gemeinsam mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft und internationalen Partnern dafür Sorge zu tragen, daß die ökonomischen Strukturen Angolas auf der Grundlage marktwirtschaftlicher Prinzipien ausgebaut und damit die finanziellen Grundlagen dauerhaft gesichert werden;
3. die für den Zeitraum September bis November 1992 anberaumten Wahlen sowohl durch finanzielle Hilfen bei der Wahlvorbereitung und -durchführung als auch durch die Entsendung von Beobachterdelegationen zu unterstützen;
4. an einem Sofortprogramm für die Rückführung der über 300 000 Flüchtlinge, die augenblicklich in Sambia, Zaire und Kongo auf ihre Rückkehr warten, mitzuwirken;
5. auf die Verwirklichung einer menschenrechtsorientierten Politik sowie rechtsstaatlicher demokratischer Strukturen in Angola hinzuwirken und diese zu fördern.

Bonn, den 11. März 1992

Hans-Günther Toetemeyer

Brigitte Adler

Rudolf Bindig

Dr. Eberhard Brecht

Freimut Duve

Dr. Horst Ehmke (Bonn)

Katrin Fuchs (Verl)

Dr. Peter Glotz

Dr. Ingomar Hauchler

Dr. Uwe Holtz

Hans Koschnick

Christoph Matschie

Markus Meckel

Volker Neumann (Bramsche)

Dieter Schanz

Dr. Hermann Scheer

Günter Schluckebier

Dr. R. Werner Schuster

Dr. Hartmut Soell

Margitta Terborg

Günter Verheugen

Karsten D. Voigt (Frankfurt)

Hans Wallow

Gert Weisskirchen (Wiesloch)

Verena Wohlleben

Dr. Christoph Zöpel

Dr. Peter Struck

Hans-Ulrich Klose und Fraktion